

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## Streit um Namen von Kasernen

**VERTEIDIGUNG |** Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sind mit ihrem Vorschlag gescheitert, alle Kasernen und Einrichtungen der Bundeswehr hinsichtlich ihrer Namensgeber zu überprüfen. Ihr gemeinsamer Antrag (11/11128) wurde am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von Union, FDP und SPD abgelehnt. Die Antragsteller hatten darin beklagt, dass Bundeswehreinrichtungen nach wie vor die Namen „führender Militärpersonalityen des nationalsozialistischen Regimes“ tragen, „die an Angriffen und Vernichtungskrieges aktiv mitgewirkt haben“. Die Abgeordneten hatten die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Namen durch das Militärgeschichtliche Forschungszentrum zu lassen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Diese Forderung hält Jürgen Hardt (CDU/CSU) für überholt: Es gebe innerhalb der Bundeswehr sehr wohl eine Beschäftigung mit dem Lebensdrama der Namensgeber. „Und es gibt gerade in diesem Jahr eine ganze Reihe von Umbenennun-

gen“, sagte er. Joachim Spitz (FDP) argumentierte ähnlich: „Solche Anträge sind überflüssig, weil die Aufgabe schon erledigt wird.“ Ulrich Meißner (SPD) begrüßte grundsätzlich die Debatte, befand jedoch auch, dass der vorgeschlagene Antrag überflüssig sei. Denn die Bundeswehr müsse sich eigentlich nur auf ihren Traditionserbe von 1802 besinnen, in dem ein historisch verantwortungsvoller Umgang mit Namensgebungen genügt sei. Paul Schäfer (Die Linke) rechtfertigte die Initiative seiner Fraktion damit, dass noch bis vor kurzem belastete Wehrmachtsoffiziere Namenspatrone für Kasernen waren. „Es ist leider immer noch nicht Vergangenheit“, sagte er. Omid Nourpour von den Grünen kritisierte, dass es immer noch Kasernen gebe, die nach dem Generalleutnant Emil Fommel benannt sind. Dieser sei zwar ein großer General gewesen, habe jedoch auch Befehle gegeben, die zu Kriegsverbrechen geführt haben. Deswegen sei der Antrag keineswegs überflüssig, betonte er. che |